

Bitte ankreuzen!

Antrag bitte vollständig, gut leserlich und in Druckbuchstaben ausfüllen!

Bei Unleserlichkeit und Unvollständigkeit ist eine Bearbeitung des Antrages nicht möglich !!!

Antrag auf Zulassung zur

Jägerprüfung eingeschränkter Jägerprüfung zwecks Erlangung des Falknerjagdscheines

Zur Person gebe ich an:

1.

Name, Vorname(n), ggf. auch Geburtsname:		Beruf:	
Geburtsdatum und Geburtsort:		Geburtskreis:	Staatsangehörigkeit:
Gewöhnlicher Aufenthaltsort (Straße, Plz., Wohnort):			
Gewöhnlicher Aufenthaltsort entspricht meinem melderechtlichen:			
Nebenwohnsitz:		Hauptwohnsitz:	
Grund für den gewöhnlichen Aufenthalt - z. B. Beruf, Studium- (nur ausfüllen, wenn der gewöhnliche Aufenthalt nicht dem Hauptwohnsitz entspricht):			
Telefonisch zu erreichen:			

2. Ich erkläre, dass Versagungsgründe im Sinne des § 17 Bundesjagdgesetz **nicht** vorliegen.
3. Die Prüfungsgebühr werde ich **auf Anforderung** überweisen.
4. Dem Antrag beigefügt ist :
 - ein Nachweis der Landesvereinigung der Jäger oder einer ihrer satzungsgemäßen Untergliederungen über die sichere Handhabung und das Schießen mit einer Kurzwaffe mit einem Mindestkaliber von 9 Millimetern. Der Nachweis ist nicht älter als ein Jahr, sowie
 - ein Nachweis über die Teilnahme an einer vom zuständigen Veterinäramt anerkannten Schulung zur Kundigen Person nach Anhang III Abschnitt IV Kapitel I Nummer 4 der Verordnung (EG) Nummer 853/2004
 - ein amtliches Führungszeugnis, das nicht älter als sechs Monate sein darf (Behördenführungszeugnis Belegart O).
5. Ich erkläre mein Einverständnis, dass ich im Falle der **Nichtteilnahme** die Verwaltungsgebühr in Höhe von 30,00 € zahlen werde.

Für den Fall, dass mir die Prüfungsgebühr bei Nichtteilnahme bzw. eine Teilgebühr bei Nichtbestehen erstattet wird, bitte ich um Überweisung auf

IBAN:

BIC:

Geldinstitut:

6. Ich **versichere**, dass ich vorstehende Angaben nach **bestem Wissen und Gewissen** gemacht habe. Es ist mir bekannt, dass ich im Falle unrichtiger oder unvollständiger Angaben oder im Falle der Vorlage unzutreffender Urkunden von der Teilnahme an der Prüfung ausgeschlossen werden kann und, dass die von mir abgelegte Prüfung und ein mir darauf erteilter Jagdschein für ungültig erklärt sowie Prüfungszeugnis und Jagdschein entzogen werden können.

(Ort, Datum)

(Eigenhändige Unterschrift des Antragstellers)

Bei Minderjährigen:

Unterschrift der gesetzlichen Vertreter (Vater und Mutter bzw. Vormund)

§ 17 BJJ (in der Fassung der Bekanntmachung vom 29.09.1976 -BGBl. I S. 2849) in der z. Zt. geltenden Fassung.

Versagung des Jagdscheines

(1) Der Jagdschein ist zu versagen

1. Personen, die noch nicht sechzehn Jahre alt sind;
2. Personen, bei denen Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass sie die erforderliche Zuverlässigkeit oder körperliche Eignung nicht besitzen;
3. Personen, denen der Jagdschein entzogen ist; während der Dauer der Entziehung oder einer Sperre (§§ 18, 41 Abs. 2);
4. Personen, die keine ausreichende Jagdhaftpflichtversicherung (500.000 Euro für Personenschäden und 50.000 Euro für Sachschäden) nachweisen; die Versicherung kann nur bei einem Versicherungsunternehmen mit Sitz in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft oder mit Niederlassung im Geltungsbereich des Versicherungsaufsichtsgesetzes genommen werden; die Länder können den Abschluss einer Gemeinschaftsversicherung ohne Beteiligungszwang zulassen.

Fehlen die Zuverlässigkeit oder die persönliche Eignung im Sinne der §§ 5 und 6 des Waffengesetzes, darf nur ein Jagdschein nach § 15 Abs. 7 erteilt werden.

(2) Der Jagdschein kann versagt werden

1. Personen, die noch nicht achtzehn Jahre alt sind;
2. Personen, die nicht Deutsche im Sinne des Artikels 116 Grundgesetz sind;
3. Personen, die nicht mindestens drei Jahre ihren Wohnsitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt ununterbrochen im Geltungsbereich dieses Gesetzes haben;
4. Personen, die gegen die Grundsätze des § 1 Abs. 3 schwer oder wiederholt verstoßen haben.

(3) Die erforderliche Zuverlässigkeit besitzen Personen nicht, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass sie

1. Waffen oder Munition missbräuchlich oder leichtfertig verwenden werden;
2. mit Waffen oder Munition nicht vorsichtig und sachgemäß umgehen und diese Gegenstände nicht sorgfältig verwahren werden;
3. Waffen oder Munition an Personen überlassen werden, die zur Ausübung der tatsächlichen Gewalt über diese Gegenstände nicht berechtigt sind.

(4) Die erforderliche Zuverlässigkeit besitzen in der Regel Personen nicht, die

1. a) wegen eines Verbrechens,
b) wegen eines vorsätzlichen Vergehens, das eine der Annahmen im Sinne des Absatzes 3 Nr. 1 bis 3 rechtfertigt,
c) wegen einer fahrlässigen Straftat im Zusammenhang mit dem Umgang mit Waffen, Munition oder Sprengstoff,
d) wegen einer Straftat gegen jagdrechtliche, tierschutzrechtliche oder naturschutzrechtliche Vorschriften, das Waffengesetz, das Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen oder das Sprengstoffgesetz,

zu einer Freiheitsstrafe, Jugendstrafe, Geldstrafe von mindestens 60 Tagessätzen oder mindestens zweimal zu einer geringen Geldstrafe rechtskräftig verurteilt worden sind, wenn seit dem Eintritt der Rechtskraft der letzten Verurteilung fünf Jahre nicht verstrichen sind; in die Frist wird die Zeit eingerechnet, die seit der Vollziehbarkeit des Widerrufs oder der Rücknahme eines Jagdscheins oder eines Waffenbesitzverbotes nach § 41 des Waffengesetzes wegen der Tat, die der letzten Verurteilung zugrunde liegt, verstrichen ist; in die Frist nicht eingerechnet wird die Zeit, in welcher der Beteiligte auf behördliche oder richterliche Anordnung in einer Anstalt verwahrt worden ist.

2. wiederholt oder gröblich gegen eine in Nummer 1 Buchstabe d genannte Vorschrift verstoßen haben;
3. geschäftsunfähig oder in der Geschäftsfähigkeit beschränkt sind;
4. trunksüchtig, rauschmittelsüchtig, geisteskrank oder geistesschwach sind.

(5) Ist ein Verfahren nach Absatz 4 Nr. 1 noch nicht abgeschlossen, so kann die zuständige Behörde die Entscheidung über den Antrag auf Erteilung des Jagdscheines bis zum rechtskräftigen Abschluss des Verfahrens aussetzen. Die Zeit der Aussetzung des Verfahrens ist in die Frist nach Absatz 4 Nr. 1 erster Halbsatz einzurechnen.

(6) Sind Tatsachen bekannt, die Bedenken gegen die Zuverlässigkeit nach Absatz 4 Nr. 4 oder die körperliche Eignung nach Absatz 1 Nr. 2 begründen, so kann die zuständige Behörde dem Beteiligten die Vorlage eines amts- oder fachärztlichen Zeugnisses über die geistige und körperliche Eignung aufgeben.